Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr. 1947-1949

## 1947

3 (6.5.1947)

Visual Library

# DAS NEUE BADEN

ORGAN DER DEMOKRATISCHEN PARTEI SÜD- UND MITTELBADENS

Nummer 3 | LAHR (Schwarzwald), Dienstag, 6. Mai 1947 | R B L | 1. Jahrgang


**Bevin erklärt:**

## „Staatsmänner müssen Kriegsschwert mit Friedenspflug vertauschen"

**In seiner in Ladsworth gehaltenen Rede bezeichnete der englische Außenminister Bevin die ihm in seiner Reise nach Moskau übertragene Aufgabe als „eine der wichtigsten, die jemals irgend jemandem aufgetragen wurden", und fuhr dann wörtlich fort: „Noch nie hat es einen Krieg gegeben, so wie den letzten, den wir erlebt haben; denn seine Auswirkungen hat die ganze Welt aus den Fugen gebracht. Daher ergibt sich, daß unsere Aufgabe, für die Sicherung des Friedens zu sorgen, nicht nur im Wiederaufbau eines Landes, oder im Abschluß eines Friedensvertrages mit einem Feindstaat bestehen kann. Wir müssen vielmehr eine neue Welt schaffen, in der die Völker in den kommenden Jahren in Ruhe leben können; und alle Fehler, die wir dabei eventuell begehen sollten, werden die kommenden Generationen zu büßen haben."**

Bevin ging dann auf die Moskauer Konferenz ein und erklärte: „Ich bin weder Optimist noch Pessimist. Die Probleme, die von uns gelöst werden sollen, sind so schwierig, und wir tragen eine so schwere Verantwortung, daß wir vielleicht besser langsam und bedächtigt vorgehen sollten, anstatt einen unvollständigen Frieden zu schaffen. Allein schon in Europa müssen wir ein neues Deutschland aufrichten, frei von Militarismus, Nationalismus und all diesen anderen Krankheiten, die in diesem Lande so lange Zeit gewütet haben."

Dann erinnerte Bevin daran, daß Deutschland keine Regierung habe, daß es sich bedingungslos ergeben habe und die Alliierten jetzt die deutsche Demokratie aufbauen müßten.

Bevin sprach von den Leiden der Länder, die eine Besatzung erdulden mußten, und zitierte besonders Polen, das ungeheuer schwere Opfer an Menschenleben hat bringen müssen.

„In anderen Ländern", fuhr Bevin fort, „wurde die Wirtschaft völlig ruiniert. Frankreich mit seiner glorreichen Vergangenheit wurde niedergeworfen, jetzt muß es erst wieder aufgebaut werden." Die Bitterkeit führt zu Konflikten und Exzessen. Und trotz alledem kann ich bereits jetzt schon in diesen Märtyrerländern einen ersten Sieg über ihr Elend und eine Rückkehr zum Frieden wahrnehmen." Bevin faßte zusammen: „So müssen also die Staatsmänner das Schwert mit dem Pflug vertauschen und einen Frieden sicherstellen, der in einre Weise garantiert wird, daß neue Konflikte nicht zu befürchten sind.

„Deshalb bin ich in Moskau geblieben, deshalb habe ich trotz vieler Zurückweisungen und Enttäuschungen nicht die Geduld verloren, sondern habe mich ständig an das alte Sprichwort gehalten, das da sagt: „Man soll sich nie verdrießen lassen, Gutes zu tun."

### Gestohlene Kunstschätze kehren nach Italien zurück

**Berlin.** Die amerikanischen Besatzungsbehörden haben Italien einen ersten Transport von Gemälden, Aquarellen und anderen Kunstwerken italienischer Herkunft zurückerstattet, die im Kloster Monte Cassino untergebracht worden waren, wo sie die „Division Hermann Göring" beschlagnahmt und nach Deutschland abtransportiert hatte, um „Göring eine Geburtstagsüberraschung zu bereiten", während der deutschen Oeffentlichkeit vorgeschwindelt wurde, diese Kunstwerke würden in Uebereinstimmung mit der italienischen Regierung lediglich vor Fliegerangriffen sichergestellt werden. Ein weiteres berühmtes Kunstwerk, der Vipitene-Altar der aus 8 Gemäldetafeln mit Darstellungen aus dem Leben Christi besteht, wird Italien in Kürze ebenfalls von den Amerikanern zurückerstattet werden. Auch diese war Göring zum Geschenk gemacht worden und zwar von Mussolini. Wie aus den Aufstellungen der amerikanischen Besatzungsbehörden hervorgeht, hatte Göring bei seinen Raubzügen quer durch ganz Europa insgesamt 1375 Gemälde, 108 Kunstteppiche, 250 Plastiken, 200 antike Stilmöbel, 60 Perserteppiche und französische Teppiche und 175 Glasgemälde zusammengekauft oder gestohlen. In dieser Aufstellung sind lediglich die Kunstwerke enthalten, die in der amerikanischen Zone aufgefunden worden sind.

### Das Statut der in England freigelassenen deutschen Kriegsgefangenen

**London. Der britische Arbeitsminister Georg Isaacs gab am Donnerstag im Unterhaus bekannt, daß denjenigen deutschen Kriegsgefangenen, die sich bereit erklären, als Landarbeiter in Großbritannien zu verbleiben, das Statut der freien Arbeiter zuerkannt werden soll. Die Bezahlung erfolgt in Uebereinstimmung mit den Tarifen, die mit den Gewerkschaften festgelegt worden sind. Die ehemaligen Kriegsgefangenen können den Gewerkschaften beitreten. Es sollen Maßnahmen getroffen werden, um die Familien dieser ehemaligen Kriegsgefangenen nach Großbritannien nachkommen zu lassen.**

---

**Berlin.** Wegen ihres tapferen Verhaltens bei dem Spandauer Großfeuer wurden am Mittwoch acht in Berlin stationierte britische Soldaten durch den Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee in Deutschland, Generalleutnant Rich. Mc. Creery, ausgezeichnet

### Der Bürgerkrieg in Griechenland

**Athen.** Die griechische Regierung hat in Lakonien und im Peloponnes die örtlich beschränkte Mobilmachung angeordnet. Nachdem in das Gebiet von Zynurich in Arkadien auf den Peloponnes Partisanen eingedrungen waren, hat die griechische Regierung nunmehr in Eilmärschen Verstärkungen in dieses Gebiet entsandt. Im Hafen von Astros wurden Truppen gelandet. Die Partisanen halten mehrere Orte, u. a. Astros und Messegwion besetzt.

### Antrag des Anklägers gegen Schacht

**Stuttgart.** Der öffentliche Ankläger Helmut Ballerin stellte den Antrag, den Betroffenen Schacht gemäß Artikel 15 des Befreiungsgesetzes in die Gruppe der Hauptschuldigen einzureihen und auf 8 Jahre in ein Arbeitslager einzuweisen. Als mildernde Umstände kämen, so sagte der Ankläger, das hohe Alter und der Gesundheitszustand des Betroffenen in Betracht. Gegen eine Anrechnung der bisherigen Haftzeit habe die Klage nichts einzuwenden.

## Regierungskrise in Frankreich?

**(Von unserem Pariser Berichterstatter)**

K. Paris, 4. Mai. Als der Präsident der Republik, Vincent Auriol, am 1. Mai im Flugzeug von seiner Ost-Afrikareise zurückkehrte, wurde er auf dem Flugfeld Orly bei Paris von Ministerpräsident Ramadier und dem gesamten Kabinett mit Ausnahme der kommunistischen Minister begrüßt. Diese haben zwar noch nicht offiziell demissioniert, jedoch in einer am Vortage abgehaltenen Ministerratssitzung deutlich zu verstehen gegeben, daß sie die bisherige Regierungspolitik nicht mehr mitmachen könnten und entschlossen seien, die angesichts der anhaltenden Teuerung und wachsenden Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung immer gebieterisch erhobenen Forderungen der Arbeiterschaft auf Anpassung der Löhne an die effektiven Lebenshaltungskosten bis zum äußersten zu unterstützen. In einer nach der Rückkehr des Präsidenten der Republik noch am gleichen Abend abgehaltenen Kabinettssitzung, in deren Mittelpunkt die Lohn- und Preispolitik der Regierung stand, kam es hierüber zu keiner Einigung. Ministerpräsident Ramadier beschloß daraufhin, über die Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik, so wie sie in der Nationalversammlung am 21. Januar dieses Jahres mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde, eine erneute Abstimmung in der Nationalversammlung herbeizuführen und bei dieser Gelegenheit laut Artikel 49 der Verfassung die Vertrauensfrage zu stellen.

### Ernste Meinungsverschiedenheiten

Die neue Regierungskrise in Frankreich kommt nicht überraschend. Sie war schon seit langem latent und wurde nur durch die Parlamentsferien und die Abwesenheit des Präsidenten der Republik hinausgezögert. Es war schon lange kein Geheimnis mehr, daß die gegenwärtigie Koalition nur noch äußerlich zusammenhielt und daß in Wirklichkeit ernste Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts bestanden. Wenn es auch seinerseits bei der Abstimmung über die Militärkredite für Indochina mit großer Mühe gelungen war, die Regierungskoalition zusammenzuhalten, so kam es doch über die Vorgänge in Madagaskar zu neuen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, und man fragt sich heute vielfach, ob nicht vielleicht die Kommunisten nur den Streit bei den Renault-Werken und die wachsende Unzufriedenheit unter den Arbeitermassen benutzt haben, um die doch für unvermeidbar gehaltene Regierungskrise eben jetzt herbeizuführen und sich so gewissermaßen einen guten Abgang zu verschaffen. Der Großstreik bei den Renault-Werken war ursprünglich ohne Einvernehmen mit der von den Kommunisten beherrschten CGT. ausgebrochen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die nunmehr eingenommene Haltung der Kommunistischen Partei lediglich von der Sorge diktiert wird, daß sie das Vertrauen und die Führung der Arbeitermassen verlieren könnte.

Diese besonderen Umstände verleihen der heutigen Regierungskrise in Frankreich ihr eigentliches Gesicht. Es geht jetzt um die Fortsetzung der seit Beginn dieses Jahres unternommenen Deflationspolitik. Alle Welt ist sich zwar einig darüber, daß der Beginn dieses Jahres äußerst bedrohlich gewordenen Inflation Einhalt getan werden mußte, und die Arbeiter hatten sich damals mit dem gleichzeitig diktierten Lohnstop einverstanden erklärt in der Erwartung jedoch, daß die von der Regierung angekündigte Preissenkungsaktion greifbare Resultate ergeben und die Kaufkraft der Arbeitermassen in absehbarer Zeit zunehmen würde. Diese Erwartungen sind jedoch nicht in Erfüllung gegangen. Hinzu kam eine neue Krise in der Lebensmittelversorgung der Großstädte (Brot- und Fleischknappheit), die gerade in den letzten Tagen verschärfte Formen annahm. All das zusammen hat eine Atmosphäre erzeugt, die einer ruhigen Fortführung der bisherigen Regierungsaktion abträglich ist und die die ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung erneut in Frage stellt.

Es ist kein Geheimnis, daß man auch in Kreisen der Radikalsozialisten mit der bisher verfolgten Wirtschaftspolitik alles einverstanden ist, da man die Wirtschaftsbürokratie für den Mißerfolg verantwortlich macht und für eine Aenderung des bisherigen Systems zugunsten einer freieren Wirtschaft plädiert, von der man sich bessere Resultate für die Wirtschaft wie für die Versorgung der Arbeitermassen im allgemeinen verspricht. Die Sozialisten ihrerseits bestehen auf einer Fortführung des Systems der gelenkten Wirtschaft und der bisherigen Baisse-Politik und der Beibehaltung des Lohnstops bis mindestens Ende Juni. Es ist kein Zweifel, daß sich unter diesen Umständen die Lösung der gegenwärtigen Regierungskrise als einigermaßen schwierig erweisen wird.

### Gehen Kommunisten in Opposition?

Die Frage ist nun: Wird es zu einer neuen Regierungskoalition oder lediglich zu einer Umbildung innerhalb des gegenwärtigen Kabinetts kommen? Wird sich die Regierung angesichts der in vieler Hinsicht berechtigt anzuerkennenden Forderungen der Arbeitermassen zu einer teilweisen Aenderung ihrer Politik entschließen oder werden die Kommunisten endgültig in die Opposition gehen. In diesem Zusammenhang wird verschiedentlich darauf hingewiesen, daß sich der letzte Sozialistenkongreß gegen jede Beteiligung der Sozialisten an einer Regierungskoalition aussprach, an der nicht auch die Kommunisten teilnehmen würden. Es dürfte auch aus diesem Grunde nicht einfach sein, eine neue Koalition zustande zu bringen und bei dem heutigen Kräfteverhältnis in der Nationalversammlung ein neues Mehrheitskabinett zu bilden.

### Morgen Entscheidung in Frankreich

**Der französische Staatspräsident Auriol empfing am Montag den Ministerpräsidenten Ramadier im Hinblick auf die bestehende Regierungskrise. Der Dienstag bringt die Entscheidung, ob das Kabinett Ramadier unter dem Druck der Kommunisten demissionieren wird. Sollte dies eintreten, so wäre eine der größten Regierungskrisen geschaffen, die Frankreich je erlebte**

## Freiheit oder Staatsallmacht?

Soll sich der Neuaufbau der Gesellschaftsordnung und der Volkswirtschaft auf der Grundlage staatlicher Planung und Lenkung oder in größtmöglicher Freiheit des Staatsbürgers von obrigkeitlicher Bevormundung vollziehen? Die Entscheidung über diese Frage von schicksalhafter Bedeutung für unseres Volkes Zukunft liegt nicht bei der interimistisch mit der Führung der Geschäfte beauftragten Administration, sondern bei den aus den Wahlen hervorgehenden Volksvertretungen, die damit ein ungewöhnliches Maß an Verantwortung zu übernehmen haben. Sie werden ihre Entschließungen unter dem Eindruck zweier entgegengesetzter Tendenzen zu fassen haben, zwischen denen es eine Synthese nicht gibt. Während auf der einen Seite der aus dem totalen Krieg entstandene totale Zusammenbruch in weitesten Kreisen des Volkes einen ausgesprochenen Minderwertigkeitskomplex hervorgerufen hat, der sich in dem Wunsch nach kollektiver Vorsorge für alle Wechselfälle des Lebens des einzelnen Bürgers äußert, steht auf der anderen Seite der Wunsch des lebenskräftigeren Teils des Volkes, dem das Vertrauen zur eigenen Kraft erhalten geblieben ist und der die Freiheit und Selbstverantwortlichkeit des Bürgers gegen staatliche Bevormundung so weit wie irgend möglich geschützt sehen möchte.

Den Anhängern des Prinzips der individuellen Freiheit liefert nun die Bilanz der hinter uns liegenden Periode autarkisch-kollektivistischer Wirtschaftsexperimente in Verbindung mit der auch heute unvermindert anhaltenden staatlichen Reglementierung des gesamten privaten Lebens eine solche Fülle von Argumenten, daß es unverständlich wäre, wenn die Entscheidung zugunsten der Aufrechterhaltung der Allmacht des Staates und seiner Institutionen ausfiele. Wer die Volksstimmung aufmerksam beobachtet, wird jetzt schon feststellen können, daß der Glaube an die Möglichkeit der Ueberwindung der Notstände der Gegenwart durch staatliche Planung und Lenkung allmählich entschwindet und dem Wunsch nach Ueberwindung des staatlichen Totalitätsanspruches zugunsten der Nutzbarmachung der Lebensenergie des freiheitlichen Bürgers für die Hebung des Lebensstandarts zu weichen beginnt. Aber wenn auch die Fülle staatlicher Fehldispositionen aller Art auf dem Gebiet der Wiederingangsetzung der Produktion, der Versorgung der Bevölkerung, des Arbeitseinsatzes und des Wiederaufbaues der zerstörten Heimstätten ein ungewöhnlich eindrucksvolles Anschauungsmaterial darbietet und die Unzulänglichkeit dieses Systems der Behelfe in der Praxis von Tag zu Tag mehr erweist, so wird doch wahrscheinlich noch ein weiter Weg zurückzulegen sein, bis die Erkenntnis dieser Unzulänglichkeit zur endgültigen Götterdämmerung der Staatsallmacht führt, die die Wiederherstellung auch des freien Güteraustausches als optimale Form der Bedarfsdeckung ermöglicht.

Die Anhänger des totalen Staates hätten für die von ihnen vertretene Wirtschaftsverfassung vermutlich nie eine so starke Resonanz in der breiten Masse der Bevölkerung gefunden, wenn sie nicht in geschickter Form mit dem Mittel der Verfälschung bzw. der Ziele des Liberalismus in der Propaganda gearbeitet hätten. Dafür mögen einige Beispiele dienen:

1. Das System der freien Wirtschaft, so wird behauptet, habe zu der heutigen Massenverelendung und zur Akkumulation der wirtschaftlichen Macht in wenigen Händen geführt. Es wird dabei unterstellt, daß in der Vergangenheit eine freie Wettbewerbswirtschaft bestanden hätte, was überhaupt nicht der Fall ist; denn mindestens seit der Einführung der Bismarckschen Zollschutzgesetzgebung ist die liberale Wirtschaftsentwicklung in Deutschland unterbrochen und bis auf den heutigen Tag nicht wieder wirksam geworden. In ständig zunehmendem Maße hat der Staat zugunsten einzelner Gruppen wirtschaftender Individuen durch Maßnahmen der Marktordnung, der Subventionierung sowie des Schutzes gegen Auslandskonkurrenz in das automatische Funktionieren der Wettbewerbsfreiheit eingegriffen.

2. Eine bewußte Irreführung stellt weiterhin die Gleichsetzung des Prinzips der Wettbewerbsfreiheit mit dem „Laissez-faire" dar. Es wird dadurch geflissentlich der Eindruck erweckt, als müsse der Staat sich unter diesem System auf die Rolle des Nachtwächters beschränken. In Wirklichkeit obliegt dem Staat jedoch die eminent wichtige Aufgabe, die Aufrechterhaltung der gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle seine Bürger zu gewährleisten, indem er jeden Ansatz für die Außerkraftsetzung des

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wettbewerbsautomatismus durch Monopolbildung oder sonstige Versuche des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung verhindert.

3. Die propagandistisch gefährlichste Täuschung aber scheint uns die Verwechselung der Begriffe „Sozialismus" und „Sozialpolitik" zu sein. Es ist den Anhängern des Kollektivismus zweifellos gelungen, in weitesten Schichten der Bevölkerung den völlig abwegigen Eindruck hervorzurufen, als ob es in dem System der Wettbewerbsfreiheit keine Möglichkeit gäbe, den arbeitenden Menschen gegen „Ausbeutung" zu schützen und seine materielle Existenz sicherzustellen. Da die Demokratie aber die Sicherung der Lebensgrundlagen des Staatsbürgers geradezu zur Voraussetzung hat, kann gar nicht nachdrücklich genug betont werden, daß der Anhänger des Systems der freien Wirtschaft auf dem Gebiet der Sozialpolitik außerordentlich aktiv sein muß, weil gerade er an der Erzeugung der verelendeten Massenproletariats das eine ständige Bedrohung der Gesellschaftsordnung darstellen müßte, wenig interessiert ist. Er wird auch, ob er will oder nicht, durch den Wettbewerb immer wieder zu der Erkenntnis gezwungen, daß die Arbeitskraft seiner Mitarbeiter für ihn der wichtigste und wertvollste Produktionsfaktor ist, den er so pfleglich wie möglich behandeln muß, um sich eine erfolgreiche Teilnahme am Wettbewerb zu sichern. Jeder moderne Unternehmer wird es daher auch als Selbstverständlichkeit betrachten, daß „die Wirtschaft" nicht aus Unternehmern allein, sondern aus allen in den Wirtschaftsprozeß, gleichgültig in welcher Funktion, eingeschalteten Personen besteht. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich zwangsläufig das engste Zusammenwirken zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in allen Fragen, die die Gesamtwirtschaft und die Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen betreffen.

4. Ein besonders beliebter Einwand gegen das System der Wirtschaftsfreiheit ist seit jeher der Hinweis auf das Eigeninteresse gewisser Gruppen von Unternehmern an der Rüstung und damit mittelbar an der Vorbereitung von Kriegen. Es wird dabei aber geflissentlich die Tatsache außer acht gelassen, daß dieses Interesse regelmäßig vom Staate selbst erzeugt wird, der die Wirtschaft zur Stärkung seines Kriegspotentials zu Lasten des Lebensstandards des Volkes durch öffentliche Aufträge, Kreditgewährung und dergleichen ausnutzt. Es ist unverkennbar, daß die Erhaltung des Friedens um so sicherer gewährleistet ist, je weniger Macht dem Staat zu Gebote steht, sein wirtschaftliches Kriegspotential durch zentrale Lenkung der Wirtschaft zu stärken. Die Sparen der jüngsten Vergangenheit sollten eine ausreichend abschreckende Wirkung ausüben. Sie haben für jedermann erkennbar gemacht, daß der Mißbrauch der Staatsmacht zur Knechtung des eigenen Volkes und zur Gefährdung des Friedens mit verhältnismäßig harmlos erscheinenden Eingriffen in die persönlichen Freiheitsrechte des einzelnen und in die Freiheit der Wirtschaft beginnt, um auf dem Weg über die „totale Planung" im „totalen Krieg" zu enden.

Kein vernünftiger Mensch wird einem überstürzten Uebergang von einem Wirtschaftssystem auf ein solches mit völlig entgegengesetzter Tendenz das Wort reden. Die Wiederherstellung dessen, was wir unter freier Wettbewerbswirtschaft verstehen, setzt ein mühevolles Abtragen der Schutt- und Trümmerwirtschaft der gescheiterten Lenkungs- und Planwirtschaft der Vergangenheit voraus und muß entsprechend behutsam durchgeführt werden. Entscheidend ist daher nicht, wann der Zustand völlig freier Wettbewerbswirtschaft erreicht wird, sondern mit welcher Tendenz die Aufgaben des wirtschaftlichen Wiederaufbaues heute in Angriff genommen werden. Wer von der Ueberlegenheit des Systems der Wirtschaftsfreiheit überzeugt ist, kann vernünftigerweise kein Interesse daran haben, daß die neue Wirtschaftsordnung mit Verantwortlichkeiten belastet wird, die ihr nicht zukommen. Die vergleichbaren Beobachtungen auf dem Felde der Politik können nur abschreckend wirken und müssen zur Vorsicht mahnen. So wie urteilslose Zeitgenossen alle politischen Mißstände unserer Zeit kritiklos „der Demokratie" zur Last zu legen bereit sind, obwohl es eine Demokratie vorläufig weder gibt noch geben kann, so würde es vermutlich auch nicht an Narren fehlen, die jeden Mangel der Konsumgüterversorgung statt auf den Autarkiewahnsinn der Vergangenheit auf das neue Wirtschaftsprinzip zurückzuführen versucht, wenn nicht schon in der gegenwärtigen Phase des Wiederaufbaues eindeutig zwischen den Wirtschaftsprinzipien auf lange Sicht und kurzlebigen Gegenwartsmaßnahmen unterschieden würde, die dazu bestimmt sind, beseitigt zu werden, sobald die Verringerung der Spannung zwischen Bedarf und Deckungsmöglichkeit dies nur irgend gestattet.

Ob der freie Wettbewerb die Wirtschaftsform der Zukunft sein wird, hängt von der Entscheidung ab, die das deutsche Volk in der politischen Ebene zu treffen hat, von einer Entscheidung, die in ihrer Wirkung nicht auf den wirtschaftlichen Sektor des gesellschaftlichen Lebens beschränkt ist, sondern das Verhältnis zwischen der Gesellschaft und ihren Gliedern schlechthin betrifft. Es geht um die persönliche Freiheit und Menschenwürde des Bürgers und deren Verteidigung gegen die Tendenz des Zwanges und der Bevormundung. Dr. K. H.

### Wetterbericht

Keine wesentliche Veränderung. Mäßige Winde. Wolkig. Im Laufe des Tages Temperatur von 10 bis 14 Grad. Im Westen leichte Schauer.

# Schweizer Bundesrat warnt vor Inflation

**Bern.** Der Schweizer Bundesrat hat das Ergebnis seiner Aussprache über die Lohn- und Preisentwicklung und die Sicherung der Kaufkraft des Schweizer Frankens in einer Kundgebung an das Schweizer Volk zusammengefaßt, in der es u. a. heißt: „Der Bundesrat hält heute den Zeitpunkt für gekommen, dem Schweizer Volk die ernsten Besorgnisse zur Kenntnis zu bringen, mit denen ihn die Möglichkeit weiterer Lohn- und Preissteigerungen erfüllt. Solange die Löhne hinter der Teuerung zurückgeblieben sind und eine Wiederherstelung ihrer Vorkriegskaufkraft von einer entsprechenden Senkung der Preise nicht erwartet werden konnte, waren weitere nominelle Lohnerhöhungen unvermeidlich. Soweit jedoch dank solcher Erhöhungen die Teuerung ausgeglichen und offensichtlich ungenügende Vorkriegslöhne angepaßt sind, können weitere Lohnforderungen mit den Erfordernissen einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung nicht in Einklang gebracht werden. Weitere über den Teuerungsausgleich hinausgehende Lohnsteigerungen die nicht das Ergebnis einer erhöhten Produktivität sind, müssen unvermeidlich zu neuen Preissteigerungen führen."

In der Kundgebung heißt es weiter, in der letzten Zeit seien nicht weniger als 60 Prozent aller Gesuche und Preiserhöhungen mit Lohnerhöhungen begründet worden. In den wenigsten Fällen werde sich die Abwälzung einer bewilligten Lohnerhöhung auf den Preis ganz vermeiden lassen. Tatsächlich gehe denn auch in der letzten Zeit der Preisauftrieb in der Schweiz vorwiegend von der Inlandwirtschaft aus. Die unabwendbare Folge einer derartigen Preisentwicklung wäre eine weitere Entwertung des Geldes mit all den Folgen sozialer Ungerechtigkeit, da die verschiedenen Kreise der Bevölkerung davon in ganz ungleicher Weise betroffen würden. Die Öffentlichkeit müsse sich davor hüten, sich durch die gegenwärtige Überbeschäftigung über die wirklichen Aussichten der Schweizer Wirtschaft täuschen zu lassen. Die ungewöhnliche Nachfrage nach Arbeitskräften gehe in erster Linie auf die forcierte Bautätigkeit und die durch den Nachhol- und Wiederaufbaubedarf des Auslandes begünstigte Exportkonjunktur zurück, während die Bautätigkeit in der Schweiz durch die umfangreichen gewerblichen und industriellen Neu- und Erweiterungsbauten einen ungewöhnlichen Auftrieb erfahren habe. Der Bundesrat erachtet es als seine Pflicht, erneut vor offensichtlich durch die augenblickliche Konjunkturlage bedingten Betriebseröffnungen und Betriebserweiterungen zu warnen und seine frühere Erklärung in aller Form zu wiederholen, daß für solche spekulative Produktionsvergrößerungen später mit einem besonderen Schutz nicht gerechnet werden könne.

Auch die Zukunft der Schweizer Exportindustrie sei, so führt die Kundgebung fort keineswegs so gefestigt wie es scheine. Schon seit einiger Zeit werde die Regierung von den Gesandtschaften in europäischen und überseeischen Ländern nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß der Absatz Schweizer Waren im Auslande infolge zu hoher Preise wachsenden Schwierigkeiten begegne. Sobald die Konkurrenz anderer Länder wieder auf den ausländischen Märkten erscheine, was nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte, werde sich die Schweizer Exportindustrie wieder scharfen Preiskämpfen gegenüber sehen. Daher sei es ausgeschlossen, die Löhne und Preise weiter in die Höhe treiben zu lassen, ohne dadurch die Konkurrenzfähigkeit der Schweiz auf dem Weltmarkt zu gefährden und einen Rückgang des Arbeitsvolumens herbeizuführen.

Mit einem Appell an die Einsicht, Disziplin und Unterstützung des gesamten Volkes schließt die Kundgebung des Bundesrates folgendermaßen: „Noch haben wir die Möglichkeit den mit Gewißheit vorauszusehenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, Rückschlägen und Erschütterungen zu begegnen, wenn wir bereit sind, die erforderlichen Verzichte auf uns zu nehmen. Diese Verzichte sind weit geringer als die Opfer, denen wir nicht entgehen werden, wenn wir die Entwicklung einfach treiben lassen. Ein Blick auf die sozialen und politischen Verhältnisse anderer Länder macht jeden weiteren Hinweis in dieser Richtung überflüssig. Der Bundesrat ist fest entschlossen, seine gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Erhaltung der Kaufkraft des Schweizer Franken auszurichten."

# Politische Schulung der Kriegsgefangenen

Bereits im September 1945 hatte die Schweizer Regierung die englische Regierung wissen lassen, daß sie bereit sei, den in englischen Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in der englischen Besatzungszone in Deutschland und in England selbst geistige Hilfe angedeihen zu lassen. Soweit der Vorschlag die in Deutschland festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen betraf, bedurfte er zu seiner Annahme der Zustimmung des Alliierten Kontrollrats in Berlin. Die Sowjetunion, die damals die diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz noch nicht wieder aufgenommen hatte, lehnte jedoch den Vorschlag ab. Inzwischen sind aber die Verhandlungen zwischen der Schweiz und England so weit gediehen, daß einer Reihe von Persönlichkeiten aus der Schweiz die Erlaubnis erteilt worden ist, in deutschen Kriegsgefangenenlagern in England Vorträge zu halten und mit den Gefangenen in einen engen Meinungsaustausch zu treten. Bekanntlich befinden sich nach den Angaben Bevins in Moskau noch etwa 400 000 deutsche Kriegsgefangene auf englischem Boden. Sie sind dort in 1200 Arbeitslager aufgeteilt. Ihr Rücktransport geschieht in einem Tempo von 15 000 bis 20 000 Mann pro Monat. Die Transportschwierigkeiten lassen wahrscheinlich eine Erhöhung dieses Kontingents nicht zu. Es ist also damit zu rechnen, daß die letzten deutschen Kriegsgefangenen England nicht vor Ende 1948 verlassen werden.

Die Auswahl der nach England zu entsendenden Persönlichkeiten ist von einem unter dem Vorsitz des Berner Schriftstellers Hans Zbinden stehenden Ausschusses vorgenommen worden. Die „Schweizer Bücherhilfe" hat dabei ihre Mitarbeit in weitem Maße zur Verfügung gestellt. Die 64 dafür bestimmten Schweizer Bürger werden sich in den kommenden Monaten nach England begeben. Die Reisekosten werden vom Schweizer Bundesrat getragen, der außerdem eine Summe von 150 000 Franken zum Erwerb von Büchern zur Verfügung gestellt hat, die in den Gefangenenlagern verteilt werden sollen.

Die englischen Behörden stehen dem Projekt außerordentlich günstig gegenüber und geben zu verstehen, daß sie den Rednern ihre Aufgabe in jeder Weise erleichtern wollen. Nach dem Willen der Schweizer Veranstalter soll es sich nicht darum handeln, den Gefangenen eine politische Doktrin einzuschärfen. Freie Bürger eines demokratischen Landes wollen in Vorträgen und ungezwungenen Aussprachen über politische, soziale, diplomatische und kulturelle Probleme den Gefangenen die Vorzüge einer demokratischen Weltauffassung bezeugen.

Die Engländer haben in ihren Vorverhandlungen darauf gedrungen, daß die Redner sich während einigen Tagen in den einzelnen Kriegsgefangenenlagern aufhalten sollen. Sie haben erklärt, daß sie dabei von jeglichen Zensurmaßnahmen absehen. Um sich mit der Geisteswelt der deutschen Kriegsgefangenen vertraut zu machen, wurden den für die Vortragsreise bestimmten Persönlichkeiten die von den Kriegsgefangenen herausgegebenen Lagerzeitungen zum Studium zur Verfügung gestellt. Diese meist auf Abzugsapparaten hergestellten Lagerzeitungen unterstehen keinerlei Zensur von Seiten der englischen Behörden. Letztere nehmen für sich nur das Recht in Anspruch, auf Angriffe und Kritiken in den englischen Zeitungen zu antworten.

Sollten die in England angestellten Versuche befriedigend ausfallen, so besteht die Absicht, auch in den in Frankreich befindlichen Lagern, sowie, wenn die Erlaubnis dazu erteilt wird, in den osteuropäischen Ländern und in der Sowjetunion solche Vorträge zu veranstalten.

# Ein grauenvoller Mord wird aufgeklärt

**Massengrab von elf elsässischen Ermordeten bei Offenburg entdeckt**

**Offenburg.** Eine erschütternde Nachricht gibt Kunde von einem entsetzlichen Mord, der am 6. Dezember 1944 durch den Gestapoführer Schöner mit Gestapoleuten aus Offenburg auf dem Exerzierplatz bei Rammersweier an 11 elsässischen Familienvätern verübt wurde. Im November 1944 wurden die armen Opfer aus Thann im Elsaß festgenommen, weil sie jungen Elsässern, teilweise eigenen Familienangehörigen, die sich im Walde versteckt gehalten hatten, um der völkerrechtswidrigen Rekrutierung zur deutschen Wehrmacht zu entgehen, Lebensmittel zugetragen hatten. Die Festgenommenen landeten schließlich im Offenburger Gefängnis, wurden blutig geschlagen und schließlich am genannten Tag auf einem LKW. nach der Stätte des Verbrechens gefahren. Durch Geständnisse auf Grund der vielfachen Nachforschungen des Services des Recherches kam jetzt erst das Verbrechen zur Enthüllung.

Die Opfer mußten sich nackt ausziehen, wurden paarweise an einen Bombentrichter geführt und dort — wahrscheinlich durch Genickschuß — erschossen. Die Kleider kamen zur NSV-Kleidersammelstelle nach Offenburg.

Am Montag, 5. Mai, erfolgte die Ausgrabung der Leichen, die nur schwer und teilweise identifiziert werden konnten. Nachmittags um 4 Uhr fand die Überführung nach der Turnhalle der Oberrealschule in Offenburg zur feierlichen Aufbahrung statt. Die Beisetzungsfeierlichkeiten sind auf Donnerstag, 8. Mai auf dem Friedhof in Offenburg festgesetzt in Anwesenheit der Militärregierung, des Gouvernements de Bade-Freiburg, sowie aller staatlichen, städtischen und kirchlichen Behörden, der Parteien und Körperschaften.

Die gesamte Bevölkerung ist von tiefem Entsetzen über diese ruchlose Mordtat erfüllt. Sie nimmt aufs innigste Anteil an dem furchtbaren Schicksal der Ermordeten und dem unermeßlichen Leid der Angehörigen, die an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen werden. Darum wird auch die Bevölkerung durch besonders zahlreiche Beteiligung an der Ehrung der Toten in der Turnhalle und bei den Beisetzungsfeierlichkeiten ihrer Entrüstung und ihrem Abscheu vor dem Verbrechen ebenso sichtbaren Ausdruck verleihen, wie der aufrichtigen Trauer und dem herzlichen Mitempfinden

## Die preußische Staatsbibliothek geborgen

**Berlin.** Die ehemalige preußische Staatsbibliothek, die mit ihren 1,4 Millionen Bänden als eine der reichsten der Welt gilt, sowie die Universitätsbüchereien von Marburg und Bonn, die Düsseldorfer Stadtbibliothek und mehrere andere Sammlungen wurden aus einem Kalibergwerk, wo sie von den Nazis verborgen worden waren, wieder ans Tageslicht gebracht und in die Marburger Universitätsbibliothek geschafft. Die Bergung der Bücher, die ein Jahr dauerte, konnte trotz eines seitdem schwelenden Stollenbrandes durchgeführt werden.

## Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion

**Moskau.** Ein Kommentator des sowjetischen Rundfunks nahm am Mittwoch zu dem Problem der deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in der Sowjetunion befinden, Stellung. Der Sprecher wies zunächst darauf hin, daß der sowjetische Außenminister Molotow im Verlaufe der Sitzung des Rats der Außenminister vom 14. März in Moskau genaue Einzelheiten bezüglich der Anzahl der noch in der Sowjetunion befindlichen deutschen Kriegsgefangenen mitgeteilt habe. Er fuhr fort: „Über eine Million Soldaten und Offiziere sind bereits nach Deutschland repatriiert worden. 890 000 befinden sich zurzeit noch in der Sowjetunion." Weiter stellte der Rundfunk-Kommentator fest: „Obwohl in dieser Hinsicht alles klar ist, versuchen doch verschiedene Persönlichkeiten und gewisse Presseorgane, diese Frage der deutschen Kriegsgefangenen dahingehend auszunützen, um eine neue antisowjetische Hetze zu organisieren. Dieser Feldzug wird von dem berüchtigten Dr. Kurt Schumacher dirigiert." Der sowjetische Journalist erklärte im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen im sowjetischen Rundfunk: „Gewisse deutsche Zeitungen und vor allem Radio Hamburg haben phantastische Ziffern über die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlicht, die sich noch in den Gefangenenlagern der UdSSR befinden sollen. Sie lassen dabei völlig außer Acht, daß der deutsche Generalstab eifrigst bemüht war, die Verluste an Gefallenen, Gefangenen, Verwundeten und Vermißten zu verheimlichen und zu tarnen. „Diese Schumacher und Konsorten vergießen Krokodilstränen über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die sich angeblich noch in der UdSSR befinden. Gleichzeitig übergehen sie jedoch mit völligem Stillschweigen die Tatsache, daß Zehntausende deutscher Kriegsgefangener, die zum Beispiel noch in Ägypten gefangen gehalten werden, im Gebiet des Suez-Kanals an der Errichtung militärischer Anlagen arbeiten müssen."

### Hermann Röchling an Frankreich ausgeliefert

**Baden-Baden.** Der große Industriemagnat der saarländischen Schwerindustrie, Hermann Röchling, wurde soeben von den amerikanischen Stellen den französischen Justizbehörden ausgeliefert. Röchling wird sich vor einem französischen Gericht für seine wirtschaftliche Tätigkeit zu verantworten haben. Er ist von Nürnberg am Donnerstag, 1. Mai, in Saarbrücken eingetroffen.

## Reparations-Erfüllung

**Baden-Baden.** Die Militärregierung für die französische Besatzungszone Deutschlands gibt bekannt, daß die zur Zeit laufende Erfassung und Auswahl von Werkzeugmaschinen auf Grund der vom französischen Oberkommando in Berlin und der dem Interalliierten Reparationskomitee in Brüssel gegenüber eingegangenen Verpflichtungen durchgeführt wird, wie dies auch gleichzeitig britischerseits auf Grund gleichlautender Verpflichtungen gehandhabt wird. Zweck dieser Maßnahme ist, für den zum Teil äußerst dringlichen, keinen Aufschub duldenden Bedarf an Ersatz für die ausgefallenen Maschinen in allen dem deutschen Angriff zum Opfer gefallenen Länder Sorge zu tragen, und zw rannter besonderer Berücksichtigung der jenigen Länder, schuf äußerst schwer zu überwindenen Verlusten und Plünderungen zu leiden hatten, die unter den härtesten und für ihre Wirt-

## Letzter Funk

In Wien ist beschlossen worden, die diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Bulgarien aufzunehmen.

Vor dem britischen Unterhaus gibt Außenminister Bevin am Dienstag einen Bericht über Moskau ab.

Die Hafenarbeiter von Glasgow wollen nunmehr ihren sechswöchigen Streik beenden.

In England soll über die Verstaatlichung der Transportmittel abgestimmt werden, wobei man mit einer Stimmenmehrheit rechnet.

In London ist eine Empire-Generalstabskonferenz vorgesehen.

Bei einem Moskauer Bankett im Kreml erklärte Stalin, Rußland werde trotz der gegen den Kommunismus gerichteten Feindschaften mit Zuversicht in die Zukunft schreiten.

Die amerikanische Militärregierung gab eine neue Direktive für die Zukunft Deutschlands heraus, die nunmehr deutschen Instanzen die Hauptverantwortung für die innerpolitische Entwicklung übergeben will.

Verantwortlich für die Redaktion: i. V. Karl Fr. Asher, Anschrift der Redaktion: Lahr/Schwarzwald, Postfach Nr. 270
Verlag: Demokratische Verlagsgesellschaft m.b.H., Lahr/Schw.
Druck: Moritz Schauenburg, Lahr/Schw.
Monatlicher Bezugspreis einschl. Trägerlohn 1.60 RM., durch die Post 1.54 RM., Einzelverkaufspreis 30 Pfg.
Erscheinungstage: Dienstag und Freitag.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Aus der badischen Heimat

**Die Demokratische Partei im Wahlkampf.**

Aus allen Wahlkreisen kommen Meldungen, die einen erfreulichen Verlauf und guten Besuch der Wahlversammlungen der Demokratischen Partei erkennen lassen. Dies gilt insbesondere auch von den Orten im Wahlkreis Donaueschingen - Neustadt, in denen der der jungen Generation angehörende Spitzenkandidat Kreisrat und Bürgermeister Stahl von Titisee eine rege Versammlungstätigkeit entfaltet. In Breitnau fand so seit 1920 die erste demokratische Versammlung statt und erweckte bei den Versammlungsteilnehmern die Erinnerung an die alte demokratisch-liberale Tradition. Auch in Altglashütten, in dem die Demokratische Partei überhaupt zum ersten Male auf den Plan trat, konnte sich die Wahlversammlung eines guten Besuches erfreuen. In Kappel hatte sich gegenüber den Kreiswahlen der Versammlungsbesuch sogar verdreifacht.

Ähnlich zuversichtlich wird aus dem Wahlkreis Emmendingen berichtet, in dem z. B. in der Kaiserstuhlgemeinde Bickensohl Generalsekretär Wolf von der Demokratischen Partei vor nahezu hundert Personen sprechen konnte. Einen guten Verlauf nahm auch die Wahlversammlung in Schallstadt, und diejenige von Opfingen wies eine erfreulich starke Beteiligung der Frauen und Jugendlichen auf.

Im Wahlkreis Bühl - Kehl erntete der Landesvorsitzende der Demokratischen Partei, Staatssekretär Dr. Waeldin, in Altenheim und Achern mit seinen zweistündigen Ausführungen jeweils zustimmenden Beifall der Versammlungsteilnehmer. Der Redner unterstrich insbesondere die Notwendigkeit der verständigen Zusammenarbeit der Parteien und schilderte die Gründe, die seine Partei zur Ablehnung der Verfassung in der ersten und nach Berücksichtigung ihrer Anträge zur Zustimmung in der zweiten Lesung bestimmt hatten. Auch diese Versammlungen ließen erkennen, wie sehr auf der Bevölkerung die Not der Zeitläufte und der Druck des Säuberungsgesetzes lastet. Erfreulich war besonders in Achern das rege Interesse der Frauen.

## Aus dem Murgtal

**Maifeier in Rastatt.**

**Rastatt.** Zum Weltfeiertag der Arbeit rief auch der Ortsausschuß Rastatt der Gewerkschaften zu einer feierlichen Kundgebung auf. Am Niederbühlertor sammelten sich die Mitglieder der verschiedenen Fachgruppen und marschierten in geschlossenem Zuge durch die mit den badischen Fahnen geschmückten Straßen zum Rathausplatz, auf dem der reich verzierte Maibaum gesetzt worden war, dessen Schleifen und Bänder im frischen Maienwind flatterten. Landrat Dr. Cuno, Bürgermeister Maier und die Vertreter der Parteien nahmen auf dem Rathausbalkon Platz, von dem aus der Geschäftsführer des Badischen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Rastatt und Umgebung, Wehrle, Worte der Begrüßung an die Arbeitskolleginnen und Kollegen richtete und sie auf die Bedeutung des 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit hinwies. Nach ihm sprach der Vorsitzende der Landesvereinigung der Gewerkschaften Metall, Eduard Spindler (Freiburg). In längeren Ausführungen gab er einen Ueberblick über die Forderungen der Arbeiter der ganzen Welt und des seit nahezu sechs Jahrzehnten bestehenden sozialistischen Feiertages des 1. Mai. Im besonderen ging der Redner auf die Sorgen und Nöte des deutschen Arbeiters ein und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er durch den Weltgewerkschaftsbund bald auch wieder das volle Vertrauen des Weltarbeitertums gewinnen möge. Die Kundgebung der Gewerkschaften war wirkungsvoll umrahmt von Darbietungen der Stadtkapelle Gaggenau und des Gemischten Chores des Arbeitergesangvereins „Liederfreiheit" Rastatt. Zum Abschluß der Feierlichkeiten anläßlich des 1. Mai fand am Abend in der Fruchthalle ein Unterhaltungsabend statt.

**Vor der neuen Badesaison**

**Rastatt.** In der vorletzten Sitzung des Stadtrates wurde beschlossen, das alte Bad am Rohrer-Steg abzureißen. Seitdem in Rastatt das herrliche Schwimmstadion geschaffen worden war, hatte dieses kleine Bad ausgedient und war mehr und mehr dem Zerfall preisgegeben. Schon aus hygienischen Gründen konnten sich die Stadträte nicht zu einer Wiederinbetriebnahme entschließen, denn in dem Bad am Rohrer-Steg erfolgte die Wasserzufuhr aus dem Kanal. Gewisse Bedenken sind also besonders jetzt nicht von der Hand zu weisen. An Stelle eines langsamen Verfalls hat man sich zu einer Generalmaßnahme entschieden und ist bereits daran gegangen, dieses alte Bad am Rohrer-Steg abzureißen. Nach und nach wird an seiner Stelle eine Grünanlage geschaffen.

**Baden-Baden.** Eine Kommission des badischen Gewerkschaftsbundes arbeitet zurzeit einen Entwurf für ein neues Betriebsrätegesetz aus, das den gewerkschaftlichen Forderungen in weitgehendem Maße Rechnung tragen soll. Dem am 18. Mai zu wählenden Landtag wird dieser Entwurf zur Stellungnahme vorgelegt werden. Die Betriebsräte wurden 1946 in Ausführung des Kontrollratsgesetzes vom 10. April 1946 gewählt. Ergänzend wurden die meisten Paragraphen des Betriesräte-Gesetzes vom 4. Februar 1920 wieder in Kraft gesetzt.

**Gernsbach.** Die Benennung der Hinteren Murgbrücke, wurde richtig gestellt: sie heißt nicht Werdersteg, sondern Wörthersteg. Wohnungsbetreffende Anträge mußten den Zeitumständen entsprechend verabschiedet und Gesuche um Lohnerhöhung bis zur Tarifregelung zurückgestellt werden. Interne Angelegenheiten und Besprechungen wegen Gartenlandvergebungen und erweiterter Feldhut fanden unter Allgemeines ihre Erledigung. — „Was sollen wir Frauen jetzt tun?" Ueber dieses Thema spricht am 13. Mai abends 8 Uhr im Badischen Hof die bekannte Demokratische Rednerin Frau Dr. Hildegard Teutsch-Freiburg. Die Hausfrauen und Mädchen die nicht gedankenlos über die heutige politische Lage hinweggehen, sind hierzu eingeladen. — Die Baumblüte ist nahezu vollendet und das Obst bekommt einen guten Ansatz. Die Aussicht auf gute Ernte wäre zu wünschen. — Die Brückenbauten nehmen nun bei gutem Wetter einen besseren Fortgang. Durch Material und Arbeitsmangel wird es aber immer noch ein paar Jährlein gehen bis der Lokomotivpfiff im ganzen Tale sein Echo findet.

## Aus der Ortenau

**Offenburg.** Unter großer Beteiligung von hier und der Umgebung wurde vom Ortsausschuß der Gewerkschaften der Weltfeiertag der Arbeiter durchgeführt. In den Morgenstunden brachte eine Musikkapelle altvertraute Lieder zu Gehör. Der Vorsitzende Julius Müller verlas beim Willkommensgruß den Aufruf der Bad. Gewerkschaften zum 1. Mai. In einer stillen Minute wurde der Toten des Weltkrieges gedacht, ebenso der von den Nazis Ermordeten.

Die Feierrede hielt Gewerkschaftsvertreter Franeke-Baden-Baden. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf den Feiertag der schaffenden Menschen erhob er die neue Forderung der Gewerkschaften für die Umgestaltung der Wirtschaft, für die Errichtung eines demokratisch-sozialistischen Staates, um auf diesem Wege die Verständigung unter den Völkern und den Weltfrieden zu erlangen. Voraussetzung sei außerdem der Kampf gegen jede Reaktion, gegen den Militarismus und Nationalismus.

Eine Resolution zur Ernährungslage wurde verlesen und gebilligt, die allen zuständigen Stellen zugeleitet wird.

Am Nachmittag waren die Gewerkschaftler zu einem Sportfest der Besatzung eingeladen. Der 1. Mai-Feiertag endete mit einem Tanzabend, dem künstlerische und musikalische Darbietungen vorausgingen.

**Schapbach (Kreis Wolfach).** In der am Sonntag im „Sternen" stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei, Kreisverein Wolfach, sprach Kreisgeschäftsführer Leimenstoll, Lahr. Mit klaren, sachlichen Worten zeichnete er die heutige politische Lage und wies besonders auf die Bedeutung des 18. Mai hin. Die Versammlung war gut besucht. er.

## Die Demokratische Partei spricht:

Am 6. Mai: 20 Uhr in Überlingen, „Traube", Dr. Waeldin, Staatss. — 20.30 Uhr in Emmendingen, „Löwen", Weißer, Staatss., und Dr. H. Teutsch, Stadträtin. — 20.30 Uhr in Weil am Rhein, „Schwanen", Abg. Vortisch. — 20 Uhr in Oppenau, „Hirschen", Dietz.

Am 7. Mai: 20 Uhr in Stockach, „Adler-Post", Dr. Waeldin, Staatss., u. Abg. Dörr. — 20.30 Uhr in Bonndorf, Wolf, Generalsekr. — 20 Uhr in Rheinfelden, „Sängerhalle", Abg. Vortisch. — 20 Uhr in Gottmadingen, Raule Abg. — 20 Uhr in Ohlsbach, „Brandeck", Dietz.

Am 8. Mai: 20.30 in Neustadt, „Neustadter Hof", Dr. Waeldin, Staatss., u. Bürgerm. Stahl, Kreisr. — 20 Uhr in Haagen, „Linde", Abg. Vortisch. — 20 Uhr in Königsfeld, „Brüdergemeinde", Dietz.

Am 9. Mai: 20 Uhr in Offenburg, „Neue Pfalz", Dr. Waeldin, Staatss. — 20.30 Uhr in Haltingen, „Bad. Hof", Abg. Vortisch. — 20 Uhr in St. Georgen, „Deutscher Kaiser", Dietz. — 19.30 Uhr in Salg, „Ochsen", Stahl Bgm. u. Kreisr. — 20 Uhr in Lörrach, „Kranz", Dr. Hildeg. Teutsch, Kreisr. — 20.30 Uhr in Breisach, Brielmann. — 20 Uhr in Haslach, Blessing. — 20 Uhr in Eisental, Huse, Kreisr.

Am 10 Mai: Ichenheim, „Löwen", Dr. Waeldin, Staatss. — 18.30 Uhr in Freiburg, „Maria Hilf", Wolf, Generalsekr. — 20 Uhr in Villingen, „Pilsen", Weißer, Staatss. — 20 Uhr in Nonnenweier, „Linde", Vielhauer, Abg. u. Ökonomierat. — 20.30 Uhr in Memprechtshofen, Marz, Abg. u. Bgm. — 20.30 Uhr in Merzhausen, Menges, Abg. — 20 Uhr in Salem, „Fichte", Dörr, Abg. — 20 Uhr in Schluchsee, „Schwanen", Stahl, Bgm. u. Kreisrat. — 20.30 Uhr in Allmannsweier, „Krone", Vieser, Kreisrat. — 20.30 Uhr in Zell a. H., Leimenstoll. — 20.30 Uhr in Orschweier, Rathaus, Glöckler. — 20 Uhr in Kippenheimweiler, Rathaus, Neumeister. — 20 Uhr in Ottenheim, „Hirschen", Meurer. — 20 Uhr in Mahlberg, „Löwen", Scheible, Stadtrat. — 20 Uhr in Oberharmersbach, Dilger. — 20.30 Uhr in Gaisbach, „Ochsen", Wundt. — 20.30 Uhr in Zell-Weierbach, „Riedle", Huber. — 20 Uhr in Villingen, „Ochsen", Dr. Hildegard Teutsch, Stadträtin. — 20.30 Uhr in Höllsteig, Grab, Kreisr. — 20.30 Uhr in Fahrnau, Hoff. — 20.30 Uhr in Hasel, Dr. Schützger, Kreisrat. — 20.30 Uhr in Mauchach, Resin, Stadtrat. — 20 Uhr in Weil a. Rh., Hotel „Central", Müller-Bergström. — 20.30 Uhr in Hausach, Blessing. — 20 Uhr in Unterriggingen, Nothelfer-Held

## Breisgau und Oberrhein

**Freiburger Exportschau**

Am Vormittag des 1. Mai wurde die Landes-Exportschau „Biga" (Badische Industrie- und Gewerbeschau) in Gegenwart des Délégué Supérieur pour le Gouvernement Militaire du Pays de Bade, Pène, sowie Vertretern der Militärregierung und der vorläufigen Landesregierung in der Wandelhalle der Universität eröffnet. Wie Staatssekretär Dr. Leibbrandt betonte, kann uns einzig die Einordnung in die Weltwirtschaft von den drückenden Sorgen um die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens befreien. Die Möglichkeiten, die hierfür bestehen, erkannte Gouverneur Pène in seiner Rede hauptsächlich im badischen Holzreichtum und in der hochentwickelten Industrie. Das badische Volk und seine Regierung könnten versichert sein, daß Frankreich der Förderung eines badischen Außenhandels günstig gegenüberstehe. Die Exportmuster, die die Ausstellung darbot, stellten weniger Maßartikel als vielmehr differenzierte und qualifizierte Einzelerzeugnisse, zumal handwerklichen Charakters, dar. Wenn auch all diese Beispiele hochwertiger Präzisionsarbeit dem Verbraucher im Lande noch nicht zur Verfügung stehen, da es zuerst die wesentlichsten Lebensnotwendigkeiten aus dem Auslande zu gewinnen gilt, so gibt der Ueberblick über die gezeigte Produktion den Einheimischen doch die stolze Befriedigung, daß wenige Jahre nach dem Chaos des totalen Zusammenbruches doch wieder das Exempel eines auf alten industriellen, gewerblichen und handwerklichen Traditionen fußenden Aufbaues möglich ist. Allein das Anwachsen einer leistungsfähigen Ausfuhr kann uns die Devisen einbringen, die die zur Erhaltung unserer Arbeitskraft notwendige Lebensgrundlage ermöglichen.

**Ettenheim.** In der Anlage auf dem Kahlenberg, die in langen Jahren mit großen geldlichen Opfern des Schwarzwaldvereins, Ortsgruppe Ettenheim-Herbolsheim, geschaffen wurde und gerne von der Bevölkerung auch heute noch zu Sonntagsausflügen benützt wird, sind in den letzten Tagen lichtscheue Elemente am Werk, die alles demolieren, was ihnen in die Hände fällt. Bäume werden gefällt, Hütten und Ruhebänke zerstört und teilweise verbrannt oder geraubt. Die Besucher der Anlage werden aufgefordert, ihr Augenmerk auf diese Waldfrevler zu richten und bei etwaigen Beobachtungen Anzeige zu erstatten. 200.— RM. erhält derjenige, der die Täter namhaft macht. Angaben sind zu richten an die Polizeidienststelle Ettenheim oder Herbolzheim.

**Freiburg.** In einer über zwei Tage dauernden Verhandlung hatten sich vor der 1. Strafkammer Freiburg zehn Angeklagte zu verantworten, die mit den fortwährenden Butterdiebstählen in der Breisgau-Milchzentrale (Freiburger Milchhof) direkt oder indirekt in Verbindung standen. Drei in Vertrauensstellungen des Milchhofs befindliche weibliche Angeschuldigte vollbrachten hinsichtlich der Entwendung von Fettigkeiten Spitzenleistungen: in der Zeitspanne von 6 bis 7 Monaten stahl jede mindestens 140 bis 150 Pfund Butter! Soweit sie die gestohlene Butter nicht selbst verzehrten, trieben sie damit einen lebhaften Tausch- und Schleichhandel, zu dem ihnen vorzugsweise eine mit auf der Anklagebank sitzende Klara Sneier Helferdienste leistete. Die Verhandlung offenbarte zur Genüge, daß die nachlässige Kontrolle vonseiten des Leiters der Milchzentrale namens Herzog, die fortgesetzten Butterdiebstähle erleichterte. Gegen Herzog schwebt übrigens nun gleichfalls ein Strafverfahren. Von den Hauptbeschuldigten wurden Anna Löffler und Irma Treimer zu je 2 Jahren Gefängnis und 2000.— RM. Geldstrafe verurteilt, Karola Schlegel zu 2 Jahren Gefängnis und 2100.— RM. Geldstrafe, die Klara Sneier zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis und entsprechender Geldbuße. Die weniger schwer belasteten Angeklagten, darunter Hehler und Mitverzehrer der gestohlenen Butter, wurden mit Gefängnisstrafen von 2 bis 4 Monaten bedacht, eine Angeklagte mit 500.— RM. Geldstrafe, ein Angeklagter erzielte Freisprechung. —tt.

## Oberrheingebiet

**Lörrach.** Gemäß den „Basler Nachrichten" ist aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Polizeidepartement Basel und den französischen Besatzungsbehörden anläßlich der diesjährigen Hebbelfeier am 11. Mai der Grenzübertritt von Schweizern in den Landkreis Lörrach an der Grenzstelle Riehen-Lörrach-Stetten wesentlich erleichtert. Schweizer erhalten Grenzpassierscheine (Tagesscheine) in der Zeit vom 6.—10. Mai bei allen schweizerischen Polizeiposten, mit denen sie sich innerhalb einer 10-Km.-Grenze bewegen können.

**Rheinfelden.** Der 1. Mai wurde als Festtag der Schaffenden aller Stände begangen. Die Initiative zur Ausgestaltung des Feiertags lag in den Händen der Rheinfelder Gewerkschaften. Die Stadtmusik, der Männerchor Eintracht und der Musikverein Rheinfelden-Nollingen gaben mit Musik und Gesang der Kundgebung der Schaffenden auf dem Sportplatz am Nachmittag den entsprechenden Rahmen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rede von Herrn Regierungsrat Rösch-Lörrach, dessen Ausführungen volle Aufmerksamkeit und Zustimmung beschieden war. Anschließend an die Kundgebung begab sich der Festzug in den „Oberrheinischen Hof" zu Musik und Tanz nebst fröhlicher Unterhaltung. — Die öffentliche Versammlung der Demokratischen Partei am Mittwoch, 7. Mai, abends halb 9 Uhr in der Sängerhalle verdient vollste Aufmerksamkeit der Gesamtbevölkerung. Rechtsanwalt Vortisch-Lörrach wird über die Bedeutung der Landtagswahl und über den Verfassungsentwurf, wie er nun zur Abstimmung vorliegt, sprechen und allen Wählern und Wählerinnen Aufschluß geben über die politischen Fragen unserer Tage. Jedermann ist zu dieser politischen Kundgebung herzlich eingeladen.

## Aus dem Schwarzwaldgebiet

**Neustadt.** Unser Spitzenkandidat, Bürgermeister Stahl, Titisee, im Wahlkreis Donaueschingen - Neustadt, setzte am vergangenen Wochenende seine Versammlungstätigkeit mit einem Rekord von fünf Versammlungen fort. Samstag abend sah ihn eine Versammlung in Altglashütten, die auch von Wählern der Gemeinde Falkau sehr gut besucht war. Am Sonntag vormittag unternahm die Partei einen Vorstoß nach Breitnau, das seit 1919 immer nur eine Domäne des Zentrums bezw. der CSVP war. Trotzdem folgten 20 Zuhörer den Ausführungen von Bürgermeister Stahl und es ist zu hoffen, daß auch in Breinau ein Stamm von Wählern sich wieder auf die alte demokratisch-liberale Tradition besinnt, eine Tradition die bis zum Weltkrieg 1914 in zahlreichen Geschlechtern Breitnaus zu Hause war. Diese beiden Versammlungen leitete Maler Hartfelder von Neustadt, der auf der Wahlvorschlagsliste der D. P. an 4. Stelle kandidiert. — Bis zum letzten Platz war das Wirtschaftslokal in Fischbach besetzt, als unser Spitzenkandidat dort eintraf. Während sich bei den Kreisratswahlen dort nur wenige Zuhörer zu einer Versammlung unserer Partei eingefunden hatten, nahm bei dieser Versammlung jeder vierte Wahlberechtigte teil. Auch Frauen und Jugendliche waren vertreten. Gastwirt Kessler leitete. Bürgermeister Stahl sprach noch in Raitenbuch, wo sich 24 von 100 Wahlberechtigten im „Grünen Baum" eingefunden hatten. Die letzte Versammlung des Tages fand in Kappel statt. Auch diese Versammlung erfreute sich des Besuches von über 50 Zuhörern. Hier und in Reitenbuch leiteten die Bürgermeister die Versammlung. Die Ausführung unseres Spitzenkandidaten, der der jungen Generation angehört, sind getragen von einem starken Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Sorgen der heimischen Bevölkerung. Eine Untersuchung der landwirtschaftlichen Verhältnisse im Landkreis zeigt ein Rückgang des Bodenertrages um 30—50 Prozent gegenüber der Zeit zu Beginn des Krieges. Die Gründe sind nicht böser Wille, sondern die zwangsläufigen Tatsachen, wie Leutemangel (heute befinden sich auf vielen Höfen des Kreises noch Betriebsführer, Söhne und Knechte in Gefangenschaft), Rückgang des Pferde- und Ochsenbestandes für die Spanndienste, Fehlen von Kraftfutter, Unmöglichkeit die notwendigsten Reparaturen durchzuführen, Mangel an technischen Hilfsmitteln, Fehlen von Stahl für neues Werkzeug, von gutem Saatgut und Kunstdünger. Das Interesse der Wählerschaft konzentriert sich vor allem auf die ungerechtfertigte Art der Entnazifizierung. Bürgermeister Stahl ist in der Lage, in den Versammlungen einwandfreie Aufklärung zu geben. Breiten Raum in den Ausführungen nimmt die Einstellung der Partei zur südbadischen Verfassung ein. Der Spitzenkandidat fordert die Wähler auf — entgegen der Haltung nach der ersten Lesung — nunmehr am 18. Mai der Verfassung zuzustimmen, nachdem auf Grund des Antrages der demokratischen Fraktion die Ständekammer gefallen und der Bestand der altbewährten badischen Simultanschule gesichert ist. Einen scharfen Trennungsstrich zieht der Redner zur wirtschaftlichen Einstellung der sozialistischen Parteien. Nicht Staatssozialismus, nicht überlebte Wirtschaftstheorien werden die Wirtschaft beleben, sondern einzig und allein der Mensch in der Wirtschaft, der auf Grund seiner Privatinitiative, auf Grund eines gesunden Unternehmergeistes, Hand in Hand mit dem immer vorhandenen Arbeitswillen des deutschen Menschen, daran geht, zu versuchen aus dem Nichts neue Werte zu schaffen. Selbst der Sozialdemokrat Ebert hat dies erkannt, als er erklärte, nachdem er Reichspräsident geworden war: „Eine bankrotte Wirtschaft sozialisiert man nicht". Der Verlauf dieser Versammlungen, wie auch der bereits durchgeführten im Kreis Neustadt und Donaueschingen, läßt erkennen, daß unsere Partei aus kleinem Anfang zu Beginn des Jahres 1946 heraus immer weitere Anhänger und Freunde in unserer Bevölkerung findet. H.

## Aus dem Oberland

**Singen a. H.** Bei einer Besprechung der allgemeinen Notlage auf einer Tagung der Vorsitzenden der Gewerkschaften und Betriebsräte aus dem Landeskommissariatsbezirk Konstanz löste die Belieferung der Prioritätsbetriebe mit Fahrradbereifungen, Arbeitsschuhen und Kleidern eine lebhafte Debatte aus.

# Sport in Kürze

**Sportliches aus Lörrach**

**„Bahneröffnung 1947".** Der Sportverein Rot-Weiß Lörrach eröffnet die diesjährige Leichtathletiksaison des Bezirks Oberrhein am 18. 5. 47 mit folgenden Wettbewerben:

Männer (Allg. Klasse 31. 3. 29 und älter) 100 m, 400m, 1000m, 3000 m, 4x100 m, 3x1000 m, Weitsprung, Hochsprung, Kugelstoßen, Speerwerfen und Diskuswerfen.

Frauen (Allg. Klasse 31. 3. 29 und älter) 100 m, 4x100 m, Weitsprung, Hochsprung, Kugelstoßen, Diskuswerfen und Speerwerfen.

Männl. Jugend (Allg. Klasse 1. 4. 29 bis 31. 3. 33) 100 m, 1000 m, 4x100 m, Weitsprung, Kugelstoßen.

Weibl. Jugend (Allg. Klasse 1. 4. 29 bis 31. 3. 33) 100 m, Weitsprung, Kugelstoßen.

Dreikampf für alle Klassen, bestehend aus 100 m-Lauf, Weitsprung und Kugelstoßen. Hier werden Einzel- und Mannschaftsleistungen gewertet. Eine Mannschaft besteht aus den jeweils 3 besten Vertretern eines Vereines. Für den Dreikampf gelten nur Vorkampfleistungen (Zehnkampfwertung). Meldungen zu der „Bahneröffnung 1947" bis 12. 5. 47 an C. Fabrizio, Lörrach, Riesstraße 8. Teilnehmerberechtigt sind alle Mitglieder eines genehmigten Vereins der Landkreise Waldshut, Säckingen und Lörrach.

**Sportberichte in nächster Nummer.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## FEUILLETON

### *Ewige Heimat*

von Max Herrmann (Neisse)

Wenn das zermürbende, Geist und Leben einengende Dasein der Emigranten überhaupt noch zu höherem Seelenflug befähigte, so gehört Max Hermann (Neisse) zu denen, die über ihre Not den reinsten lyrischen Ton fanden. Noch bevor der Dichter in der Emigration verstarb, hatte das Reichsministerium des Innern die folgende Bekanntmachung erlassen: „Auf Grund des Paragraphen 2 usw. usw. . . . erkläre ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen Max Herrmann, geb. am 23. Mai 1886 in Neisse, der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig." Als Widerhall dieser Bekanntmachung entstand das nachfolgende Gedicht.

Wer mich zu entehren glaubte,
wenn mit frevelndem Befehle
er das Heimatrecht mir raubte,
ahnt die ewig lenzbelaubte
Heimat nicht in meiner Seele.

Große Orte und geringe,
Ströme, Höhen, Äcker, Auen,
ernsthafte und heitre Dinge,
wenn ihr Wirkliches verginge,
könnte noch mein Wachtraum schauen.

Schöner, als sie jemals schienen,
blieben sie mir im Gedanken,
machen mir verliebte Mienen,
und ich werde mich mit ihnen
immer wieder schön beschenken.

Wer uns glaubte zu entehren,
wenn er heimatlos uns nannte,
sieht: die Heimat wird sich mehren
und die Seele nichts entbehren
derer, die sein Haß verbannte.

Was man liebt, kann nie vergehen:
heimatlich vertraute Töne
überall uns treu umwehen:
denn die Heimat bleibt bestehen
in dem Lied verlorner Söhne.

### *Der Sachverständige*

Oberrheinische Anekdote.

In einer Kreisstadt des badischen Oberlandes, fand eine Tagung der Obstsachverständigen statt, an der nicht nur namhafte Fachleute, sondern auch zahlreiche Kleinbauern teilnahmen, die aus den Erfahrungen der studierten Herren einige neue Kenntnisse für ihre bescheidenen Kulturen hinzugewinnen wollten. Da lagen im großen Saale des Rathauses auf langen Tischen die schönsten Früchte ausgebreitet, alles ausgewählte Proben bewährter Sorten: rotwangige Aepfel zumeist, doch auch dicke Pflaumen und rötlich angehauchte Mirabellen, eine Labsal für den Magen.

Im Verlauf der Tagung hielt ein von weither zugereister Kenner des Obstbaus, ein hoher Beamter mit dem Titel Oekonomierat eine mehrstündige Rede über den Anbau von Apfelbäumen, über die Schädlingsbekämpfung und die Erhöhung des Ertrags. Streng wissenschaftliche Erörterungen lösten volkstümlichere Wendungen ab; trotzdem nickte da und dort einer der Obstbauern ein, dem der Vortrag gar zu gelehrt wurde, so daß er kaum mehr die Namen der vielerlei Obstsorten vernahm, die das Referat des Oekonomierats abschlossen: Boskoop und Blenheim, Goldparmene und Gravensteiner, Rheinischer Bohnapfel und Ananasreinette.

Als der Redner geendet hatte, war es den aufatmenden Zuhörern klar, daß niemand besser über Apfelsorten Bescheid wüßte als jener, und daß es in der Tat, man müßte es beschämt eingestehen, auf dem Gebiet des Obstbaus noch viel zu lernen gäbe.

Da trat ein Bäuerlein, das ganz hinten im Saale gesessen und, nach den halboffenen Augen zu schließen, auch ein wenig geschlafen hatte, bis zum Podium des Sachverständigen vor, zog aus seiner Tasche eine merkwürdig verkrüppelte Frucht heraus, rieb sie umständlich mit seinem rotkarierten Taschentuch ab und wagte es, sie dem Herrn Oekonomierat mit der Frage: „Was isch sell für'n Apfel?" unter die Nase zu halten.

Der Sachverständige konnte sich der Prüfung vor so vielen Blicken nicht entziehen; er nannte eine Sorte nach der andern und geriet dabei ins Schwitzen, während die Zuhörer den Vorgang gespannt, ein wenig erheitert fast und nunmehr völlig wach verfolgten. Der Oekonomierat riet in der Tat alle Sorten durch, die er kannte, und das waren nicht wenige, dann nannte er solche, die er bereits aufgezählt hatte, mit wachsender Ueberlegenheit, doch immer schüttelte das Bäuerlein schmunzelnd den Kopf. Was es um des Himmels willen denn für ein Apfel sei, rief endlich, ein wenig aufgebracht, der hohe Herr. Worauf der Bauer mit verschmitztem Lachen ruhig sagte: „'S isch e Birn!"

G. F.

### *KULTUR-NOTIZEN*

**Heinrich Mann von Berliner Universität geehrt.** Anläßlich seines 76. Geburtstages verlieh die Berliner Universität dem in Kalifornien lebenden deutschen Schriftsteller Heinrich Mann den Titel eines Ehrendoktors.

**Furtwängler tritt wieder auf.** Am 15. Mai gibt Wilhelm Furtwängler ein Konzert in der Mailänder Skala. Ende des Monats wird er in Berlin Beethovens 5. und 6. Symphonie dirigieren.

## WIRTSCHAFT

In **Argentinien** wurde ein Gesetzesvorschlag des Parlaments vorgelegt, wodurch eine Stabilisierung der Preise und Begrenzung der Handelsgewinne erreicht werden soll. Die Regierung begründet diese Maßnahmen mit der allgemeinen Steigerung der Lebenshaltungskosten um 58 Prozent seit 1943. Für Lebensmittel ist der Index um 65 und für Bekleidung um 70 Prozent gestiegen.

**Der französische Weinhandel** erhofft eine Verstärkung der Ausfuhren nach Großbritannien, nachdem jetzt die britische Regierung nicht nur die Kontingentierung der Weineinfuhr, sondern auch die Aufteilung der Kontingente auf die verschiedenen Qualitäten aufgehoben hat. Die britischen Importeure haben daher jetzt freie Wahl in der Einfuhr von französischen Flaschenweinen erster Qualität.

**Die Auflageziffern der französischen Zeitungen** werden der Papierknappheit wegen in dreimonatlichen Abständen von einer besonderen Kommission unter Mitwirkung der französischen Regierung bestimmt. Maßgebend sind bei der Berechnung dieser Ziffern die Zahlen der in den vergangenen drei Monaten fest verkauften Exemplare unter Abzug der Remittenden. Nach den neu getroffenen Vereinbarungen haben ab 16. April die Morgenblätter folgende Auflagehöhe:

| | |
|---|---|
| L'Humanité — Zentralorgan der KP. | 450 000 |
| Le Figaro — unabhängig, rechtskathol. | 399 000 |
| Franc-Tireur — zwisch. Kommunisten und Sozialisten | 350 000 |
| Le Parisien Libéré — parteilos | 340 000 |
| L'Aurore — radikalsozialist., rechter Flügel | 205 000 |
| Le Matin — unabhäng., Rechtstendenz | 200 000 |
| Libération — unabhängig | 180 000 |
| Le Populaire — Zentralorgan der Sozialistischen Partei | 159 000 |
| L'Aube — Zentralorgan der Republikanischen Volksbewegung | 125 000 |
| France Libre — Rechtstendenz | 122 000 |
| Combat — unabhängig | 117 000 |
| L'Epoque — äußerste Rechte | 97 000 |
| Le Pays — gaullistisch | 75 000 |
| La Depêche de Paris — radikalsozial. | 20 000 |
| L'Ordre — unabhängig | 15 000 |

Die Auflagehöhe für die Abendblätter ist folgende:

| | |
|---|---|
| France-Soir — unabhängig | 578 000 |
| Paris-Presse — gaullistisch | 478 000 |
| Ce Soir — kommunistisch | 448 000 |

## Öffentliche Kontrolle der Aktiengesellschaften

**K. Baden-Baden.** Es ist die Absicht der französischen Militärregierung, dem Unwesen zu steuern, das im Hitler-Deutschland mit Aktiengesellschaften, Kartellen und Trusts betrieben wurde. Eine Verordnung ist in Vorbereitung, die jeden übertriebenen Zusammenschluß von industriellen und anderen Unternehmungen verhindern soll. Diese Verordnung könnte aber bloß einen ersten Schritt auf dem Wege der Loseisung zusammengeschlossener industrieller Gebilden darstellen. Ihr müßte eine tiefgehende Umgestaltung der gesamten deutschen Aktiengesetzgebung nachfolgen, um zu verhüten, daß nicht Neukonzerne in versteckter Weise an die Stelle der alten treten könnten.

Die hervorragendsten Juristen der französischen Besatzungszone traten bereits dreimal in Forbach zusammen, um diese Reform zu erörtern. Als eines der wirksamsten Mittel wurde die Verpflichtung erkannt, die Tätigkeit der Aktiengesellschaften einer weitgehenden Kontrolle durch die Oeffentlichkeit zu unterwerfen.

In diesem Gedankengange wurden verschiedene Vorschläge erstattet:

1. Alle Aktien müssen spätestens 14 Tage vor jeder Generalversammlung hinterlegt werden; nur die rechtzeitig hinterlegten Aktien würden es deren Besitzer gestatten, an den Abstimmungen teilzunehmen.
2. Die Liste der Eigentümer der hinterlegten Aktien muß dem Handelsregister mitgeteilt werden. Da dieses jedermann zur Einsichtnahme offensteht, ist dadurch der gesamten Oeffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, Einblick in die Besitzverhältnisse der Aktiengesellschaften zu nehmen.
3. Sofern eine Aktiengesellschaft an einer anderen teilnimmt, müssen die Namen und Beträge, mit denen die Teilnahme erfolgt, in den Bilanzen angeführt werden. Als Teilnahme betrachtet man jede Interessengemeinschaft zwischen einer Gesellschaft und einer anderen, sofern die Gesellschaft, die Aktien einer anderen übernimmt, dazu 1/10 ihres Aktienkapitals verwertet und ¼ des Aktienskapitals der anderen Gesellschaft zeichnet.
4. Der Aktienbestand muß jährlich veröffentlicht werden.
5. Die Direktion ist gehalten, alle Auskünfte zu geben, selbst wenn diese nur von einer Minderheit der Aktionäre erbeten werden, unter der Voraussetzung, daß diese Minderheit wenigstens 1/20 des Aktienkapitals besitzt.
6. Eine gewisse Anzahl finanzieller Vorschriften für die Aufstellung der Jahresbilanz sind in Aussicht genommen.

Es muß ganz besonders hervorgehoben werden, daß die erwähnten 6 Punkte vorläufig Unternehmungen aufzuspüren.


### OFFENE STELLEN

**Sekretärin**
**Buchhalterin**
**Kontoristin**
sowie Bürolehrlinge, sofort gesucht.
Wohn- und Verpflegungsmöglichkeiten vorhanden.
**CIRCUS BELLI,** z. Zt. RASTATT, Friedrichsfeste.

**Tüchtige Kraft** für Stenographie u. Maschinenschreiben zum raschmöglichsten Eintritt gesucht.
**Volksbank Rastatt e. G. m. b. H.**

Suche für meine Kapelle in CIRCUS BELLI guten
**Posaunisten**
**Trompeter**
**Klarinet** mit SaxES. AltSchifferklavier oder Gittarist mit N.S.I.
Angebote an Kapellmeister FRIEDRICH HELD, CIRCUS BELLI, vom 6. bis 11. Mai 1947 in Rastatt, ab 12. bis 18. Mai in Lahr.

**Sekretärin,** flotte Stenotypistin und Bürokraft, mit französischen Sprachkenntnissen, möglichst aus der graph. Branche, für sofort ges. Aufenthalts-, Verpflegungs- u. Unterkunftsfragen werden geregelt. **Verbindungsstelle Druck,** Baden-Baden, Langestr. 75. (161)

### SUCHDIENST

**Wer kann Auskunft geben** über Uffz. Ludwig Pfahler, Fpn. 54 669 B. Letzte Nachricht 16. März 1945 aus Holland. Frau Rosa Pfahler, (17a) Bruchsal (Bad.), Württembergerstr. 56. (157)

### AUSKÜNFTE

**Geheime Auskünfte!** Beobachtungen, Ermittlungen in allen Prozessen, überall. Erfahrener Fachmann. Aeltestes Geschäft in Baden. Detektiv-Institut, Auskunftei C. Schauer, Karlsruhe, Kaiserstraße 243, Ruf 7564. (* 24)

### AN- UND VERKÄUFE

**NÄHMASCHINEN**
Oberteile, die Sie mir zur Reparatur bringen, können in 2 bis 3 Tagen wieder abgeholt werden
Nähmaschinen-Spezialist
**Th. Giller, Rastatt**
Rheinstraße 3 (nicht Rheinmarkt).

**Ottspielnadeln,** Marke Rotpunkt, für Grammophon zum Preise von RM. 2.58 pro Stück ab Lager Garmisch lieferbar. Detailgeschäfte und Großabnehmer erhalten entsprechenden Rabatt. Siegmann u. Koch, Großhandelsgesellschaft industrieller Erzeugnisse m. b. H., (13b) Garmisch-Partenkirchen, Bahnhofstraße 83, Telefon 3443 u. 3444. (163)

**Sägewerk** sowie Schreinerwerkstätte mit allem Zubehör zu mieten, pachten oder zu kaufen ges. Desgleichen Holzbearbeitungsmaschinen jeglicher Art zu kaufen od. zu leihen ges. Zuschriften u. Nr. 154 M an das „Neue Baden", Lahr.

**Ziegel- u. Backsteinputzmaschine** für Handbetrieb, aus solidem Stahlrohr gearbeitet, sofort lieferbar, Preis RM. 260. Näh. unter 153 H an „Das Neue Baden", Lahr.

**Radio!** Suche Radiogeräte mit u. ohne Röhren, auch solche Geräte, die ohne Gehäuse und nicht mehr reparaturfähig sind. Zuschr. unt. Nr. 1539 an „Das Neue Baden", Lahr.

**Kaufe laufend** große Weinbergschnecken zu Tagespreisen. Joseph Saeger, Offenburg, Langestraße 20, Tel. 1483. (*1)

### LIEGENSCHAFTEN

**Gasthaus** in einer größeren Stadt Rheinlands für RM. 150 000.— bar zu verkaufen. Ebenso Tauschobjekte für Objekte in Düsseldorf, Leipzig u. Mainz gesucht. Näheres durch Wilh. Huhn, Immobilien, Baden-Baden, Sophienstraße 1 a, Tel. 41 936. (* 49)

### TAUSCHGESUCHE

**Motorrad** bis zu 350 ccm in Tausch gesucht. Angeb. unter Nr. 152 F an „Das Neue Baden", Lahr.

**Runder Tisch,** Eiche poliert, geg. Kindersportwagen zu tauschen ges. Zu erfragen bei Anna Roser, Lahr, Friedhofstraße 5. (164)

### WOHNUNGEN

**CIRCUS BELLI** sucht in Rastatt
**möbl. Zimmer**
für Artisten u. Angestellte.
Angebote unter 2 R an „Das Neue Baden", Rastatt, Augustastraße 41

### GESCHÄFTLICHES

**Ein Bild,** wie es sein soll, das liefert FOTO KNOLL. Entwickeln, Abzüge, Vergrößerungen u. Fotokopien mit zeitbedingten Lieferfristen. FOTO KNOLL, Groß-Labor, (14 b) Pfalzgrafenweiler 804. (* 26)

**Schilder-, Stempel- u. Metallbuchstaben** für alle Zwecke liefert Schilder-Schleicher, Konstanz, Döbelestr. 20. (* 88)

**Nexit,** das für Mensch u. Nutztier gefahrlose Bekämpfungsmittel gegen Rapsglanzkäfer und Kartoffelkäfer ohne Bezugschein erhältlich bei Th. Zimmermann, KG., Lahr, Geroldseckervorstadt 2. (*116)

**Gelenkgliederpüppchen,** reizend angezogen, direkt an Private laufend lieferbar. Einzelpreis inkl. Porto u. Verpackung RM. 6.50, Pärchen RM. 12.—. Versand gegen Voreinsendung oder Nachnahme. A. Harzmann, Werkstätte für Kinderbed., (17 b) Göggingen (Bad.) (* 44)

**Wir liefern:** Käferpulver, giftig u. ungiftig, Ratten- u. Mäusevertilgungsmittel, Desinfektionsmittel, Räucherpatronen gegen Wühlmäuse u. Mottenvertilgungsmittel. Emil Gehringer u. Co., Offenburg, Friedrichstraße 38. Telef. 1188. (* 58)

**Cesarol,** das weltbekannte Schädlingsbekämpfungsmittel ohne Geruchsbelästigung und mit Dauerwirkung, zwar knapp, aber doch wieder zu haben bei Genossenschaften u. Handel. (/104)

**Großhandelsfirma** bittet um Angebote in Geschenkartikeln. Nordwest-Großhandel, GmbH., Bremen, Graf-Waldersee-Str. 29. (* 87)

**Klavierpflege u. Instandsetzungen** durch hervorragende Fachkräfte führt aus Paul Weiß, Flügel-, Klavier- u. Harmonium-Instands. Spaichingen, Treuhänder der Flügel- u. Klavierfabrik Pfeiffer, Stuttgart, f. Süd-Württemberg und Süd-Baden. (* 86)

### BRIEFMARKEN

**Briefmarken,** alte Ausgaben der russ. bes. Zone lieferbar. Preisliste gegen Einsendung eines Briefumschlags anford. Rudolf Heinemann, Braunschweig, Postfach 425. (* 30)

55. **Briefmarken-Großauktion. Frühjahrs-Auktion.** Einlieferungen v. Seltenheiten, Sammlungen, Nachlässen usw. werden jetzt angenommen. Auktionseinlieferungsbedingungen kostenlos. Edgar Mohrmann u. Co. m. b. H., vereidigter u. öffentl. bestellt. Briefmarken-Auktionator, Hamburg 1, Speersort 6. Briefm.-Auktionshaus von Weltruf. (* 66)

Ausschneiden und aufbewahren.
**Lumpen, Knochen**
nimmt gegen Aushändigung von Bezugsmarken.
für Lumpen: Wolle, und für Knochen: Seife.
Der Händler.
**Hermann Albrecht, Rastatt,** Schulstraße 6. (r 79)

**Circus Belli gastiert**
mit seinem 4-Mastenzelt
**in Rastatt**
Platz an der Friedrichsfeste

**Eröffnungsvorstellung**
**Dienstag, den 6. Mai, 19.30 Uhr**

Ab Mittwoch, den 7. bis 11. Mai täglich 2 Vorstellungen, nachmittags 15 Uhr, abends 19.30 Uhr.

Vorverkauf ab sofort in der Buchhandlung **GREISER** am Rathausplatz, ab 6. Mai an der **CIRCUSKASSE** von 10 bis 19 Uhr.
**Preise der Plätze von 2-7 RM.** Kinder nachm., außer Sonntags, halbe Preise

**Circus Belli zeigt:** Ein herrliches circensisches Programm, Circus in höchster Vollendung, wunderbare Dressuren in ihrer besonderen Eigenart. Echte Lippizaner-Hengste aus dem Wiener Reitstall, der weltberühmte ungarische Reitakt, die elegante Parforcereiterin und weitere Attraktionen am laufenden Band. Attraktion: „Afra", die Frau, von der man spricht, **Europas größte Gedächtniskünstlerin.**

**DEMOKRATISCHE PARTEI**
Ortsverein Offenburg
**Öffentliche Wahlversammlung**
am Freitag, den 9. Mai 1947, 20 Uhr, im Saal des Gasthauses „Neue Pfalz". REDNER:
**Oberbürgermeister Dr. Waeldin, Lahr**
Thema: **„Der 18. Mai 1947 ein Schicksalstag des bad. Volkes"**

**RESI RASTATT**
Spielzeiten täglich 18.45 Uhr Mittwoch, Donnerstag 21 Uhr, Sonntag 14, 16, 18 Uhr
**„Liebesheirat"**
Ein Filmlustspiel aus der Zeit der Jahrhundertwende in deutscher Sprache.

SAALBAU „DREI KÖNIGE"
Mittwoch, 7. Mai **Offenburg** abends 19 Uhr
**Familien-Tanz-Abend**

**EINE HILL-KUBU-TOURNEE**
vom 25. April bis 20. Mai 1947
im französisch besetzten Gebiet
Gastspiel des bekannten Filmschauspielers
**HERMANN SPEELMANNS'**
in
**„Der Vater"**
Schauspiel in 3 Akten von A. STRINDBERG.
Tourneedurchführung Hill-Kubu-Theater G. m. b. H. - Villingen (Schwarzwald) (170)

**Max Müller, Rastatt**
Erzeugnisse neuzeitlicher Büro- und Betriebsmaschinen liefert demnächst wieder:
Tellmann-Papierschneidapparate 360 u. 530 mm Schnittlänge
Tellmann-Vervielfältigungsmaschinen
Tornator-Aktenvernichter - Papierwollenerzeugungsmaschinen mit Drehstrommotor 220/380 V.
151 r

**Reklame-Entwürfe** aller Art
Entwurf v. Schutz- u. Firmenzeichen
Briefbogen — Plakaten — Urkunden
Verpackungsmaterial — Prospekten
Anzeigenvermittlung
für alle Zeitungen und Zeitschriften
Werbe-Organisation **EMIL BEHRINGER, BADEN-BADEN**
Fürstenberg-Allee 24 (160)


BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg